

Julia Fromm

# Privatautonome Vorsorge

Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit

**WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE  
AUS DEM TECTUM VERLAG**

Reihe Rechtswissenschaften



# WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

**Reihe Rechtswissenschaften**

Band 116

Julia Fromm

## **Privatautonome Vorsorge**

Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit

Tectum Verlag

Julia Fromm

Privatautonome Vorsorge. Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit  
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:

Reihe: Rechtswissenschaften; Bd. 116

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Zugl. Diss. Georg-August-Universität Göttingen 2018

E-PDF: 978-3-8288-7180-9

ISSN: 1861-7875

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN  
978-3-8288-4252-6 im Tectum Verlag erschienen:)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 fertiggestellt und im Sommersemester 2018 von der juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen – Gesetzeslage, Rechtsprechung und Literatur sind bis Januar 2017 berücksichtigt.

Sehr herzlich möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Andreas Spickhoff, bedanken, der diese Arbeit im Rahmen meiner wissenschaftlichen Mitarbeit am Institut für Notarrecht in Göttingen angeregt und ermöglicht hat. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Volker Lipp danke ich für die Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens sowie Frau Prof. Dr. Inge Kroppenberger für die angenehme mündliche Prüfung.

Von ganzem Herzen danke ich meinem Mann und meiner Familie, die mich fortwährend begleitet und in jeglicher Hinsicht unterstützt haben. Besonders dankbar bin ich meinem lieben Großvater, ohne den es diese Arbeit letztlich nicht geben würde – ihm ist sie in liebevollem Gedenken gewidmet.

Oldenburg  
im August 2018

Julia Fromm,  
geb. Schmidt



*Für meinen lieben Großvater*





# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
-----------------------------	------

<b>§ 1 Einführung in das rechtliche Themenumfeld .....</b>	<b>1</b>
A. Vorbemerkung .....	1
B. Rechtslage ohne private Vorsorgegestaltung .....	4
I. Überblick .....	4
II. Ohne Vorsorgevollmacht .....	4
1. Regelungen über die Handlungsunfähigkeit .....	4
a) Allgemeines .....	4
b) Geschäftsunfähigkeit .....	5
c) Vorsorgerelevante Bewertung .....	7
2. Einrichtung der rechtlichen Betreuung .....	8
a) Voraussetzungen der Betreuerbestellung .....	8
b) Verfahren .....	9
c) Rechtswirkungen der Betreuung .....	10
d) Vorsorgerelevante Bewertung .....	11
3. Geschäftsführung ohne Auftrag .....	13
a) Einzelne Voraussetzungen .....	14
b) Verhältnis von Wille und Interesse .....	14
c) Vorsorgerelevante Bewertung .....	16
III. Ohne Vorsorgevollmacht und ohne Patientenverfügung .....	16
1. Regelungen über die Handlungsunfähigkeit .....	17
a) Wirksame Einwilligung .....	17
b) Einwilligungsunfähigkeit .....	18
c) Vorsorgerelevante Bewertung .....	18
2. Einrichtung der rechtlichen Betreuung .....	19
3. Grundsätze der mutmaßlichen Einwilligung .....	20
a) Ermittlung des mutmaßlichen Willens .....	20
b) Verhältnis von Wille und Interesse .....	21
c) Vorsorgerelevante Bewertung .....	22
IV. Ohne Betreuungsverfügung .....	23
C. Zwischenergebnis .....	23

<b>§ 2 Spezifische Merkmale und wesentliche Aspekte zur Gestaltung privater Vorsorge</b>	<b>25</b>
A. Vorsorgevollmacht	25
I. Rechtliche Ausgangslage	25
1. Begriffliche Bedeutung im Rahmen des Betreuungsrechts	25
2. Rechtliche Grundlagen	27
a) Vollmacht für rechtsgeschäftliches und rechtsgeschäftsähnliches Handeln	27
aa) Anwendung der allgemeinen Vorschriften der §§ 164 ff. BGB	27
bb) Art und Weise der Erteilung	28
cc) Innen- und Außenverhältnis	28
dd) Begründung einer schuldrechtlichen Verpflichtung	29
ee) Vollmacht ohne Regelung im Innenverhältnis	30
b) Vollmacht zur Einwilligung im personalen Bereich	32
aa) Zulässigkeit der Stellvertretung	33
bb) Anwendbarkeit der §§ 164 ff. BGB	33
cc) Keine Regelung im Innenverhältnis?	37
II. Adressaten- und Beteiligtenkreis	39
1. Information und Rechtsberatung	39
2. Vollmachtserklärung	40
3. Grundverhältnis	40
III. Inhaltliche Ausgestaltung und möglicher Umfang	40
1. Erfassbare Angelegenheiten	41
a) Vermögensrechtliche Angelegenheiten	41
aa) Vermögenssorge	41
bb) Sonstige vermögensähnliche Angelegenheiten	42
b) Nicht-vermögensrechtliche Angelegenheiten (Personensorge i.w.S./Personaler Bereich)	42
aa) Personensorge i.e.S.: Gesundheitsfürsorge	42
(1) Medizinische Maßnahmen (Gesundheitsangelegenheiten)	43
(a) Untersuchung des Gesundheitszustands, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff	43
(b) Lebenserhaltende/-verlängernde Maßnahmen und Behandlungsverzicht	44
(2) Aufenthaltsbestimmung und Freiheitsentziehung	44
(a) Allgemein	44
(b) Maßnahmen der freiheitsentziehenden Unterbringung	45
(c) Unterbringungsähnliche Maßnahmen	46
(3) Ärztliche Zwangsmaßnahme (Zwangsbehandlung)	48
(4) Fälle im ambulanten Bereich	51
(a) Freiheitsentziehende Maßnahmen (Bettgitter usw.)	51
(b) Ärztliche Zwangsmaßnahme (Zwangsmedikation, Zwangstherapie)	52
(c) Konsequenzen für die Gestaltungspraxis	53
(5) Annexberechtigungen kraft Auslegung	54

bb) Umgangsbestimmung .....	55
cc) Sonstige persönliche Angelegenheiten .....	57
(1) Post und Telekommunikation .....	58
(2) Wohnung .....	58
dd) Totensorge .....	58
(1) Bestattung .....	59
(2) Organspende und Sektion .....	60
2. Reichweite der Vollmacht .....	61
a) Bereich der Vermögenssorge .....	61
aa) Spezial- und Gattungsvollmacht .....	61
bb) Generalvollmacht .....	62
cc) Faktisches Konkretisierungsbedürfnis: Zusätzliche Aufzählung von Beispielen? .....	62
b) Bereich der Gesundheitsfürsorge und sonstiger personaler Bereich .....	63
aa) Gesetzliches Konkretisierungserfordernis: Ausdrückliches Umfassen von Maßnahmen .....	63
bb) Entsprechendes Konkretisierungserfordernis für sonstigen personalen Bereich? .....	64
cc) Zuordnung des Vollmachtsumfangs .....	68
3. Sonstiger Klärungsbedarf .....	69
a) Insichgeschäfte nach § 181 BGB .....	70
b) Schenkungen .....	71
c) Mehrere Bevollmächtigte .....	73
aa) Mehrere Bevollmächtigte mit verschiedenen Aufgabenbereichen .....	73
bb) Mehrere Bevollmächtigte mit demselben Aufgabenbereich .....	73
(1) Gesamtvertretungsbefugnis .....	74
(2) Einzelvertretungsbefugnis .....	74
d) Überwachungs- und Kontrollbevollmächtigung .....	75
e) Ersatz- und Unterbevollmächtigung .....	76
f) Geltung der Vollmacht über den Tod hinaus .....	77
g) Widerruflichkeit .....	79
aa) Ausschluss .....	79
bb) Bei mehreren Bevollmächtigten .....	80
IV. Modalitäten des Wirksamkeitsbeginns von Vorsorgevollmachten .....	82
1. Aufschiebend bedingte Vollmacht .....	82
a) Bedingung: Eintritt der Geschäftsunfähigkeit .....	83
b) Bedingung: Eintritt der Fürsorgebedürftigkeit .....	83
c) Bedingung: Eintritt der Einwilligungsunfähigkeit .....	84
d) Vorlage eines ärztlichen Attests .....	84
2. Unbedingt erteilte Vollmacht .....	85
a) Keine sofortige Aushändigung .....	85
b) Weisung zur Verwendung im Innenverhältnis .....	86
3. Vollmacht mit verzögerter Aushändigungsanweisung .....	87

V. Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers .....	88
1. Einwilligungsfähigkeit oder Geschäftsfähigkeit? .....	88
2. Feststellung der Geschäftsfähigkeit .....	90
3. Bedeutung späterer Geschäftsunfähigkeit .....	91
VI. Auswahl des Bevollmächtigten .....	91
1. Eignung nach persönlicher Vorstellung .....	92
2. Eignung unter rechtlichen Aspekten .....	92
a) Geschäftsfähigkeit .....	92
b) Nichteignung wegen konkreter Gefahr für das Wohl des Betroffenen .....	94
c) Nichteignung der in § 1897 Abs. 3 BGB genannten Personen .....	95
d) Rechtsanwälte als Vorsorgebevollmächtigte .....	96
B. Betreuungsverfügung .....	97
I. Begriffsbestimmung .....	97
II. Verhältnis zur Vorsorgevollmacht .....	98
III. Adressaten- und Beteiligtenkreis .....	99
IV. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten .....	100
1. Vorschlag zur Auswahl der Betreuerperson .....	100
2. Anordnungen zur Durchführung der Betreuung (Betreuungsverhältnis) .....	101
V. „Willensäußerungsfähigkeit“ des Vorsorgenden .....	102
C. Patientenverfügung .....	102
I. Begriffliche Einordnung und Rechtsnatur .....	103
II. Voraussetzungen zum wirksamen Bestehen .....	105
1. Einwilligungsfähigkeit und Volljährigkeit .....	105
2. Schriftliche Festlegung .....	107
3. Bei positiver Patientenverfügung: Ärztliche Aufklärung oder Aufklärungsverzicht .....	107
III. Voraussetzungen zum verbindlichen Bestehen .....	108
1. Bestimmtheitserfordernis .....	108
2. Sachlicher Geltungsbereich .....	111
a) Aktuelle Lebens- und Behandlungssituation .....	111
b) Noch nicht unmittelbar bevorstehende Maßnahme .....	113
IV. Keine Voraussetzungen zur Wirksamkeit .....	114
1. Ärztliche und/oder rechtliche Beratung .....	114
2. Aktualisierung .....	115
3. Registrierung .....	116
V. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen .....	117
1. Unabdingbar: Sterbegleitung (Schmerztherapie ohne lebensverkürzendes Risiko) ..	117
2. Zulässig: Sterbehilfe durch Verzicht auf (Weiter-)Behandlung .....	118
a) Unumkehrbarer Sterbeprozess mit unmittelbarer Todesnähe .....	119
b) Unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung .....	120
aa) Wachkoma .....	120
bb) Demenz .....	122
3. Unzulässig: Direkte Sterbehilfe .....	124

4. Zulässig: Indirekte Sterbehilfe (Schmerztherapie mit ggf. lebensverkürzender Auswirkung) .....	125
5. Medizinische Maximalbehandlung nur bei ärztlicher Indikation .....	126
6. Besonderheiten im psychiatrischen Bereich .....	127
VI. Adressaten- und Beteiligtenkreis .....	129
1. Beratungs-/Informationsebene .....	129
2. Adressatenebene .....	130
a) Allgemeinverbindliche Außenwirkung .....	130
b) „Rangverhältnis“ der Adressaten? .....	130
aa) Behandelnde(r) und Patientenvertreter .....	131
(1) Vorrangig: Patientenvertreter? .....	131
(a) Keine direkte Geltung der Patientenverfügung – Umsetzung der Patientenverfügung nur indirekt über Vertreter möglich .....	132
(b) Standpunkt der Rechtsprechung? .....	132
(2) Vorrangig: Behandelnder? .....	134
(a) Direkte Geltung – direkte Umsetzung .....	134
(b) Sonstige rechtliche Interessenwahrnehmung? .....	135
(3) Nebeneinander von Behandelndem und Patientenvertreter .....	136
(a) Gesetzlicher Idealfall: Gleichrangige Adressaten .....	137
(b) Gesetzliche Grundoption: Behandelnder als „alleiniger“ Adressat .....	138
(4) Schlussfolgerungen für die Praxis .....	141
bb) Nahe Angehörige, Vertrauenspersonen .....	142
cc) Zwischenergebnis zum „Rangverhältnis“ .....	144
c) Gerichte .....	144
VII. Verhältnis zur Vorsorgevollmacht und zur Betreuungsverfügung .....	145
<b>§ 3 Formfragen .....</b>	<b>149</b>
A. Vorsorgevollmacht .....	149
I. Grundsatz der Formfreiheit .....	149
1. Vorkommnis formlos erteilter Vollmachten? .....	150
a) Bei alltäglichen Rechtsgeschäften .....	150
b) Bei weitreichenderen Rechtsgeschäften .....	151
aa) Bankgeschäfte .....	151
bb) Behandlungsverträge .....	152
c) Bei Einwilligung in medizinische Maßnahmen .....	154
2. Schriftform aus Gründen der Zweckmäßigkeit .....	156
II. Erforderlichkeit der Schriftform .....	157
1. Gesetzliche Formerfordernisse .....	157
a) Ärztliche Maßnahmen, Unterbringung, unterbringungsähnliche Maßnahmen .....	157
b) Verbraucherdarlehen .....	157
c) Ausschlagung einer Erbschaft .....	158

d) Unternehmensbezogene Anliegen .....	158
aa) Gesellschaftsvertrag einer GmbH .....	158
bb) Stimmrechte .....	158
2. Formalgesetzliche Anforderungen an den Nachweis .....	159
a) Grundbuch (§ 29 GBO) .....	159
b) Handelsregister (§ 12 HGB) .....	159
c) Prozess .....	160
3. Formerfordernis aus rechtsmethodischen Gründen .....	160
a) Teleologische Reduktion des § 167 Abs. 2 BGB .....	160
b) Beurkundungsbedarf bei Grundstücksgeschäften (§ 311b Abs. 1 S. 1 BGB) .....	161
c) Sonstige beurkundungsbedürftige Angelegenheiten .....	163
d) Wohnungs-, Post-, Fernmeldeangelegenheiten, Umgangsbestimmung? .....	163
III. Einzelne Formen .....	163
1. Einfache Schriftform .....	164
2. Öffentliche Beglaubigung .....	166
a) Beglaubigung durch den Notar .....	166
b) Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde .....	167
3. Notarielle Beurkundung .....	171
a) Allgemeines .....	171
b) Prüfungs-, Beratungs-, Belehrungs- und Hinweispflichten .....	172
c) Feststellungen zur Geschäftsfähigkeit .....	173
d) Kostengesichtspunkte .....	174
IV. Grundverhältnis .....	179
V. Zwischenergebnis .....	180
B. Betreuungsverfügung .....	182
I. Grundsatz der Formfreiheit .....	182
II. Zweckmäßigkeit der Schriftform .....	182
III. Notarielle Beurkundung .....	182
IV. Öffentliche Beglaubigung .....	183
V. Zwischenergebnis .....	184
C. Patientenverfügung .....	184
I. Schriftformerfordernis aus § 1901a Abs. 1 S. 1 BGB .....	184
II. Notarielle Beurkundung .....	185
III. Öffentliche Beglaubigung .....	187
1. Beglaubigung durch den Notar .....	187
2. Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde? .....	187
IV. Zwischenergebnis .....	187
<b>§ 4 Möglichkeiten zu Hinterlegung und Registrierung .....</b>	<b>189</b>
A. Hinterlegung bei Gericht .....	189
I. Landesspezifische Regelungen .....	189

II. Ablieferungs- und Unterrichtungspflicht .....	190
1. Betreuungsverfügung .....	190
2. Vorsorgevollmacht .....	193
3. Patientenverfügung .....	195
4. Zwischenergebnis .....	196
B. Zentrales Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer .....	196
I. Entstehung und Ziele .....	197
II. Gegenstand der Registereintragungen .....	198
1. Angaben i.S.d. § 78a BNotO und § 1 VRegV .....	198
2. Keine Speicherung konkreter Inhalte .....	199
3. Rechtliches Bestehen .....	199
III. Antragsstellung .....	200
IV. Gebühren .....	201
V. Auskunft aus dem Register nur für die Justiz .....	202
VI. Keine Rechtsscheinwirkung .....	203
VII. Kritik .....	204
VIII. Zwischenergebnis .....	207
<b>§ 5 Änderung, Ergänzung und Löschung .....</b>	<b>209</b>
A. Abänderung oder Aufhebung im Allgemeinen .....	209
I. Vorsorgevollmacht .....	209
1. Widerrufserklärung: Wirksamkeit, Form, Umsetzung und Durchsetzbarkeit .....	209
a) Zugang der Erklärung .....	209
b) Maßnahmen zur Beseitigung des Rechtsscheins .....	210
aa) Vollmacht für rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Belange .....	210
bb) Vollmacht im personalen Bereich .....	211
c) Form .....	213
d) Wahrung der qualifizierten Form bei Abänderungen .....	214
e) Geschäftsfähigkeit .....	216
2. Grundverhältnis .....	217
a) Kündigung des Auftragsverhältnisses .....	217
b) Widerruf von einzelnen Weisungen .....	220
II. Betreuungsverfügung .....	221
1. Bewusste Änderung oder Aufhebung .....	222
2. Änderung der äußeren Umstände .....	223
III. Patientenverfügung .....	223
1. Bewusste Änderung oder Aufhebung .....	224
2. Änderung der äußeren Umstände .....	226
a) Einbeziehung in die umfassende Verbindlichkeitsprüfung nach § 1901a Abs. 1 S. 1 BGB .....	226
b) „Fehlen oder Wegfall der Erklärungsgrundlage“ .....	227
c) Ergänzende (Testaments-)Auslegung .....	231



B. Ausgangslage bei hinterlegten und registrierten Vorsorgeverfügungen .....	235
I. Abänderung und Aufhebung nach gerichtlicher Hinterlegung .....	235
II. Abänderungs- bzw. Lösungsverfahren beim Vorsorgeregister .....	236
1. Gebührenpflichtiges Antragsverfahren .....	236
2. Empfehlung der Registerbehörde: Eintragung eines Widerrufs.....	237
a) „Meldeformular W“ bei Widerruf der Vorsorgevollmacht .....	237
b) Dokumentation der Eintragungshistorie .....	238
c) Weitere Nachforschungen durch das abrufende Betreuungsgericht .....	238
d) Löschung der Registereintragung selten zweckmäßig .....	240
e) Eintragung eines Widerrufs auch bei Betreuungsverfügung und Patientenverfügung? .....	240
III. Versteinerungsgefahr und Risiko der Zementierung des Willens .....	242
1. Umregistrierung: Hindernisse, Hemmnisse und Versäumnisse .....	242
2. Mögliche Konsequenzen einer nicht erfolgten Umregistrierung.....	243
a) Ausgangspunkt: Richtigkeit und Vollständigkeit der über das Register auffindbaren Vorsorgeverfügungen .....	243
aa) Abrufendes Betreuungsgericht .....	243
bb) Weitere Adressaten: Betreuer, Vorsorgebevollmächtigter, Arzt, nahe Angehörige .....	244
b) Problem der Nachweisichte bei Abweichungen.....	245
aa) Schriftliche Abweichungen .....	245
bb) Mündliche Abweichungen .....	246
3. Änderungslast und Umregistrierungslast .....	248
4. Abänderungslast auch im Hinblick auf hinterlegte Vorsorgeverfügungen.....	249
5. Notwendigkeit von Risiko-Hinweisen in der Praxis .....	249
a) Ministerien und Betreuungsbehörden .....	250
b) Bundesnotarkammer als Registerbehörde .....	250
c) Rechtsanwälte und Notare .....	251
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>253</b>
§ 1: Einführung in das rechtliche Themenumfeld .....	253
§ 2: Spezifische Merkmale und wesentliche Aspekte zur Gestaltung privater Vorsorge .....	254
§ 3: Formfragen .....	264
§ 4: Möglichkeiten zu Hinterlegung und Registrierung.....	268
§ 5: Änderung, Ergänzung und Löschung .....	269
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>279</b>

# Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch Österreich
a.F.	alter Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwGH NRW	Anwaltsgerichtshof Nordrhein-Westfalen
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ArztR	Arztrecht (auch: Zeitschrift)
AT	Allgemeiner Teil
BÄK	Bundesärztekammer
BayGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Bd.	Band
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BNotO	Bundesnotarordnung
BR-Drucks.	Drucksache des Bundesrates
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Drucksache des Bundestages
BtÄndG	Betreuungsrechtsänderungsgesetz
BtBG	Betreuungsbehördengesetz
BtKomm	Systematischer Praxiskommentar Betreuungsrecht
BtG	Betreuungsgesetz
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
BtR	Betreuungsrecht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
Dt.h	Deutsch
ebda.	ebenda
Einf v	Einführung von
Einl.	Einleitung
etc.	et cetera
ErbR	Erbrecht
evtl.	eventuell
f./ff.	folgende/fortfolgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Zeitschrift für Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamR	Familienrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FD-ErbR	Fachdienst Erbrecht
Festschr f	Festschrift für
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGprax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift)
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zeitschrift)
FPPK	Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie (Zeitschrift)
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare
grds.	grundsätzlich
Hk-BGB	Handkommentar BGB
Hrsg.	Herausgeber

i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
i.S.v.	im Sinne von
i.S.d.	im Sinne des/der
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KostO	Kostenordnung
krit.	kritisch
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LPartG	Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaft
LS	Leitsatz
m. krit. Anm.	mit kritischer Anmerkung
MedR	Medizinrecht (auch: Zeitschrift)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse Bayern und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
Mio.	Million
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
notar	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
PEG	perkutane endoskopisch kontrollierte Gastrostomie
PfIR	Pflegerecht (Zeitschrift)
PsychKG	Psychisch-Kranken-Gesetz

R&P	Recht und Psychiatrie (Zeitschrift)
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz oder: Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen (Zeitschrift)
resp.	respektive
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
RpflStud	Rechtspfleger Studienhefte (Zeitschrift)
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
Rz.	Randzeichen
s.	siehe
S.	Seite oder Satz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
StRspr.	Stetige Rechtsprechung
TPG	Transplantationsgesetz
u.	und
u.a.	unter anderem
UBG	Unterbringungsgesetz
u.s.w.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
Überbl v	Überblick von
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwR	Verwaltungsrecht
vgl.	vergleiche
Vorbem	Vorbemerkung
VRegV	Vorsorgeregister-Verordnung
z.B.	zum Beispiel
ZEKO	Zentrale Ethikkommission
ZErbR	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfLt	Zeitschrift für Lebensrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVG	Zwangsvollstreckungsgesetz

ZVR	Zentrales Vorsorgeregister
zzgl.	zuzüglich

